

## **Beschlussempfehlung und Bericht**

### **des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (19. Ausschuss)**

**zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Christoph Hoffmann, Alexander Graf  
Lambsdorff, Olaf in der Beek, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP  
– Drucksache 19/17632 –**

### **Entwicklungszusammenarbeit zur effektiven Verhinderung des weltweiten Eintrags von Plastikmüll in die Meere nutzen**

#### **A. Problem**

Schätzungen zufolge gelangen aktuell jedes Jahr zwischen 4,8 und 12,7 Millionen Tonnen Plastikmüll in die Meere. Ursachen hierfür sind die Müllentsorgung auf offenem Meer sowie an Meeresküsten, schlecht gesicherte Deponien in den Einzugsbereichen von Flüssen und Küsten, unzureichend oder gar nicht geklärtes Abwasser sowie verlorene bzw. zurückgelassene Fischernetze. Einer aktuellen Studie zufolge gelangen über zehn Flüsse (Yangtse, Indus, Gelber Fluss, Hai He, Nil, Ganges, Perlfloss, Amur, Niger, Mekong) weltweit etwa 4 Millionen Tonnen Plastikmüll pro Jahr in die Meere. Aufgrund der extrem langen Zerfallszeit von Plastikerzeugnissen wächst die Belastung durch das dabei entstehende Mikroplastik. Das hat gravierende Folgen für die maritime Fauna, die Nahrungsmittelversorgung, die menschliche Gesundheit, die Umwelt und für die Wirtschaft. In besonderem Maße betroffen sind Entwicklungsländer, die vom Fischfang abhängig sind. Soll das Sustainable Development Goal (SDG) 17 der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (VN), die Meeresverschmutzung bis 2025 signifikant zu reduzieren, erreicht werden, bedarf es verstärkter nationaler und internationaler Anstrengungen, insbesondere im Bereich der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit (EZ).

#### **B. Lösung**

**Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP.**

#### **C. Alternativen**

Keine.

#### **D. Kosten**

Wurden nicht erörtert.

**Beschlussempfehlung**

Der Bundestag wolle beschließen,  
den Antrag auf Drucksache 19/17632 abzulehnen.

Berlin, den 16. September 2020

**Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung**

**Dr. Peter Ramsauer**  
Vorsitzender

**Peter Stein (Rostock)**  
Berichterstatter

**Doris Barnett**  
Berichterstatterin

**Dietmar Friedhoff**  
Berichterstatter

**Dr. Christoph Hoffmann**  
Berichterstatter

**Helin Evrim Sommer**  
Berichterstatterin

**Uwe Kekeritz**  
Berichterstatter

## **Bericht der Abgeordneten Peter Stein (Rostock), Doris Barnett, Dietmar Friedhoff, Dr. Christoph Hoffmann, Helin Evrim Sommer und Uwe Kekeritz**

### **I. Überweisung**

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 19/17632** in seiner 152. Sitzung am 12. März 2020 beraten und an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur federführenden Beratung und an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit zur Mitberatung überwiesen.

### **II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage**

Die Bundesregierung wird von den Antragstellern aufgefordert, bereits bestehende internationale Vereinbarungen zur Reinhaltung der Meere umzusetzen. Auf europäischer Ebene soll sie darauf hinwirken, dass eine gemeinsame Strategie zur Müllvermeidung und Müllverwertung entwickelt und eine Angleichung der Regularien und Vorgehensweisen der Verordnung (EG) Nr. 1418/2007 und der Verordnung (EG) Nr. 1013/2006 unter Berücksichtigung der Basler Konvention vom 10. Mai 2019 vorgenommen wird.

Ferner sollen auf der technischen Seite das Blockchain-Verfahren zur Verbesserung der Wertschöpfung und Weiterverarbeitung von Plastikabfällen, der verstärkte Einsatz thermischer Verwertung sowie Pilot- bzw. Leuchtturmprojekte in den Bereichen Abfall- und Kreislaufwirtschaft, Abwasserklärung und Flussreinigung unterstützt werden.

Länder in betroffenen Einzugsgebieten von Flüssen sollen mit einem multilateralen Programm dabei unterstützt werden, Sammel- und Entsorgungseinrichtungen insbesondere für Kunststoffabfall aufzubauen; ergänzend dazu soll über das United Nations Environment Programme (UNEP) die Entfernung von Kunststoffabfall aus Gewässern gefördert werden.

Darüber hinaus soll bei künftigen Regierungskonsultationen mit der Volksrepublik China die Problematik des Plastikmüll-Eintrages in Flüsse und Meere mit Nachdruck angesprochen und deutsche Expertise zur Lösung angeboten werden.

Schließlich wird die Bundesregierung aufgefordert, eine internationale Geberkonferenz zur Reinigung der am stärksten mit Plastikmüll belasteten Flüsse sowie zur Säuberung der Weltmeere einzuberufen.

### **III. Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses**

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit** hat den Antrag auf Drucksache 19/17632 in seiner 82. Sitzung am 16. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

### **IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss**

Der **Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung** hat den Antrag auf Drucksache 19/17632 in seiner 59. Sitzung am 16. September 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen AfD und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der FDP die Ablehnung des Antrags.

Die **Fraktion der FDP** verweist darauf, dass die wachsende Menge an Plastik in den Weltmeeren ein ernstzunehmendes Problem darstelle. Plastik werde massenhaft durch Flüsse in China und Afrika ins Meer eingeleitet; die Ursachen seien aber auf dem Land zu suchen. Eine Folge der Verstädterung wäre, dass dort immer mehr Müll

und Abwasser anfallende. Insofern müsse man an Land die Abfallentsorgung und das Recycling unterstützen, und zwar mit marktwirtschaftlichen Instrumenten. Wenn die Menschen dafür belohnt würden, Plastik einzusammeln oder wieder in den Rohstoffkreislauf einzubringen, dann werde man dieses Problem lösen können. Von daher fordere man in dem vorliegenden Antrag, die Länder in den konkreten Einzugsgebieten dabei zu unterstützen, entsprechende Sammel- und Entsorgungseinrichtungen für Abfall und Kunststoffabfall zu errichten, und auch bereits bestehende Systeme der Abfall- und Kreislaufwirtschaft und des Abwassermanagements sollten weiter gefördert werden. Darüber hinaus fordere man Pilot- und Leuchtturmprojekte. Gemeint seien Anlagen, die reproduzierbar seien. Man habe beispielsweise in Baden-Württemberg sehr viele Migranten aus Gambia aufgenommen, die wieder zurück in ihre Heimat wollten, wenn sie dort eine Perspektive hätten. Vor diesem Hintergrund sei die Idee eines Pilotprojektes mit Gambia geboren worden, um ihnen dort eine entsprechende Perspektive zu bieten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** hält die Intention der Antragsteller für wichtig und unterstützungswürdig, insbesondere die Forderung nach einem marktwirtschaftlichen Ansatz, weil ein Übergang vom informellen Einsammeln und Behandeln von Müll hin zu einer formellen Lösung gefunden werden müsse. Viele berechnete Forderungen des Antrags der Fraktion der FDP befänden sich jedoch bereits in der Umsetzung, so dass es keines neuen Antrages bedürfe. In Marokko beispielsweise sei vor einigen Jahren ein sehr guter und erfolgreicher Ansatz gewählt worden, in dem man den informellen Müllsammlern eine Anstellung im Öffentlichen Dienst angeboten hätte, verbunden mit einer Ausbildung, Arbeitsschutz und Gesundheitsvorsorge. Gleichwohl müsse man festhalten, dass 95% der Einträge auf wenige Flusssysteme zurückgeführt werden könnten. Diese würden mehrheitlich in China und Indien liegen, wo man keine klassische EZ betreibe. Insofern gehöre dieser Antrag zuständigkeitshalber in den Wirtschaftsausschuss. Vor diesem Hintergrund werde man ihn ablehnen.

Die **Fraktion der SPD** teilt die Einschätzung, dass der Antrag ein wichtiges Thema aufgreife. Deswegen sei es höchste Zeit, zu handeln, und das habe man bereits getan. So habe man beispielsweise auf europäischer Ebene die Richtlinie zum Verbot von Einwegkunststofftragetaschen auf den Weg gebracht. Darüber hinaus gebe es inzwischen biologisch abbaubares Plastik. Die eigentliche Herausforderung liege darin, die Länder, die für die Einbringung von Plastik in die Meere verantwortlich seien, dazu zu bringen, auf dem Land mehr Müll einzusammeln. Das sei allerdings auch eine Frage der Kosten. Da man insgesamt gesehen auf einem guten Weg sei, brauche es diesen Antrag der Fraktion der FDP nicht, und darum werde man ihn ablehnen.

Die **Fraktion der AfD** hebt hervor, dass der Antrag eine gute Intention habe, aber dann eine andere Richtung verfolge. Die Fraktion der AfD würde nämlich die Bundesregierung auffordern, den Export von Plastikmüll in Entwicklungsländer generell zu verbieten. Man lebe in einer Konsum- und Wegwerfgesellschaft und müsse sich grundsätzlich der Frage der Müllvermeidung und Müllverminderung stellen. Damit zusammen hänge die Frage der Lebensdauer von Produkten und des Wertstoffkreislaufes. Corona bedingt sei beispielsweise der Internethandel gestiegen, was zum Verbrauch von mehr Verpackungen geführt hätte. Nicht zuletzt bedeute eine Zunahme der Bevölkerung einen Zuwachs an Konsumenten, was in Zukunft zu großen Problemen bei der Abfallbeseitigung führen werde. Die Fraktion der AfD habe zu diesen Problemen bereits mehrere Anträge eingebracht, weswegen man sich enthalten werde.

Die **Fraktion DIE LINKE** stimmt zu, dass der vorliegende Antrag der Fraktion der FDP ein wichtiges Thema aufgreife. Dennoch habe er einen wesentlichen Makel, wenn als Lösungsvorschlag eine stärkere EZ-Unterstützung für den Auf- und Ausbau der Abfall- und Entsorgungswirtschaft in den Partnerländern gefordert werde, wobei hierbei weniger an die Förderung der Existenzgründung von Klein- und Mittelständischen Unternehmen (KMUs) in den Entwicklungsländern gedacht werde, sondern an deutsche Privatunternehmen mit entsprechendem technischen Know How. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE sei es nicht die originäre Aufgabe der EZ, deutschen Privatunternehmen neue Aufträge zu verschaffen, sondern vor Ort die lokalen Strukturen zu ertüchtigen, damit die Probleme eigenverantwortlich gelöst werden könnten, denn das entspreche dem Leitbild der Hilfe zur Selbsthilfe. Hinzu komme, dass effektive Müllbeseitigungssysteme zwar notwendig, die konsequente Müllvermeidung durch weniger Plastikproduktion aber viel effektiver und besser wäre. Darum werde man sich bei der Abstimmung enthalten.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** kritisiert, dass es zwar gut sei, wenn die internationale Diskussion zum Thema Plastik endlich „Fahrt aufgenommen“ habe, denn man steuere auf eine ökologische Katastrophe zu. Das BMZ könne im Prinzip nur Impulsgeber sein, denn es handle sich hierbei um ein internationales, wirtschaftliches, rechtliches und vor allem auch kommunales Thema. Nicht zuletzt sei es auch ein Thema der Forschung und Entwicklung neuer Technologien. Insofern wäre es erforderlich, dass die Bundesregierung mit Kohärenz

daran arbeite. Wie inkohärent aber die aktuelle Politik agiere, erkenne man daran, dass es immer noch Subventionen gebe, die zur Erhöhung des Plastikanteils führten. Im Antrag fehlten zudem ganz zentrale Argumente. Das „Urübel“, die Produktion von Plastik, werde im Antrag der Fraktion der FDP überhaupt nicht angesprochen. Man könnte z. B. die Mehrwertsteuer für Verpackungsmaterial auf 50 % erhöhen, man könnte ferner die Subventionen streichen oder die Wiedereinsatzquote erhöhen und der Industrie Vorgaben machen, dass sie nur noch Verpackungsmaterial produzieren dürfe, welches leicht zu sortieren und wiederverwertbar wäre. Da der Antrag auf diese Fragen überhaupt nicht eingehe, werde man ihn ablehnen.

Berlin, den 16. September 2020

**Peter Stein (Rostock)**  
Berichterstatter

**Doris Barnett**  
Berichterstatterin

**Dietmar Friedhoff**  
Berichterstatter

**Dr. Christoph Hoffmann**  
Berichterstatter

**Helin Evrim Sommer**  
Berichterstatterin

**Uwe Kekeritz**  
Berichterstatter





